

Hessens Schulen fit machen für Integrationsaufgaben

Integration von Anfang an

Damit Schüler*innen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete einen guten Start in der Schule haben, müssen Lehrer*innen an Hessens Schulen die nötige Unterstützung erhalten. Deshalb fordert die Grüne Jugend Hessen, dass Lehrkräfte der Vorbereitungsklassen eine Weiterbildung zum Thema Trauma und Traumatisierungen von geflüchteten Kindern erhalten und diese Weiterbildung auch allen anderen interessierten Lehrer*innen offen steht, die gesetzliche Verankerung der »Ausbildung für Deutsch als Zweitsprache« in der Lehrerausbildung und die Profession von Lehrkräfte unter den Geflüchteten muss anerkannt werden, damit sie zur Betreuung und zum Unterricht in Klassen mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen hinzugezogen werden können. Mittelfristig soll so auch eine Anstellung von geflüchteten Lehrer*innen ermöglicht werden.

Zugang zu beruflicher Bildung für geflüchtete Jugendliche

Die meisten geflüchteten Jugendlichen sind zwischen 18 und 25 Jahre. Für sie ist es aktuell am schwersten ein Bildungsabschluss oder eine Ausbildung zu erhalten. Je nach Herkunftsland ist der Stand ihrer Schulbildung unterschiedlich, doch aufgrund der Fluchtursache und der Flucht selbst, fehlen den meisten wichtige Jahre für ihre Ausbildung. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Generation keine Chance auf Bildung hat. Die aktuelle Regelung, dass Berufsschulen Jugendliche bis 21 freiwillig aufnehmen können, ist nicht ausreichend. Deshalb fordert die Grüne Jugend Hessen, dass die Berufsschulen verpflichtet werden, auch nicht mehr schulpflichtige Jugendliche bis 25 Jahre zu unterrichten und in das duale System zu integrieren. Außerdem sollen internationale Förderklassen mit begleitendem Sprachunterricht an Berufsschulen ausgebaut werden.

Zugang zu den Universitäten

Noch immer erschweren Zugangshürden die Möglichkeit für Asylbewerber*innen. Die Bundesregierung hat bereits versucht die Anerkennung der Voraussetzungen für ein Studium zu erleichtern, hier ist jedoch eine weitere Vereinfachung nötig. Die Landesregierung soll die Universitäten dabei unterstützen, in den internationalen Studienbüros die Anerkennung von Voraussetzungen zu verbessern. Plätze in Sprachkursen für internationale Bewerber*innen müssen ausgebaut und in allen Bundesländern kostenfrei werden, damit Studienplatzanwärter*innen die Möglichkeit haben entsprechende Sprachqualifikationen zu erwerben. Auch die Wohnsitzauflage des neuen "Integrationsgesetzes" kann einem Studium im Weg stehen. Hier fordern wir Hessen auf, niemanden unnötige Steine in den Weg an die Universität zu legen und keinen Gebrauch von der Wohnsitzauflage zu machen.

Chancen auf Bildung in allen Bundesländern

Darüber hinaus setzt sich Hessen dafür ein, dass das hessische Modell von Vorlaufkursen, Intensivklassen und Intensivkursen sowie zusätzliche Alphabetisierungskurse auch in anderen Bundesländern eingeführt wird, um allen Kindern, unabhängig davon in welchem Bundesland sie durch Zufall landen, einen guten und inklusiven Start in die Schule zu ermöglichen. Weiter soll bundesweit erreicht werden, dass der Zugang zu Bildung für alle Geflüchteten gleich geregelt wird und Kinder und Jugendliche möglichst schnell und bis zum 25. Lebensjahr einen Zugang zu Bildung und Ausbildung haben. Hessen soll sich außerdem dafür einsetzen, dass die Frist für die Beantragung von Ausbildungsförderung von Menschen ohne deutschen Passen abgeschafft wird. Außerdem muss eine sichere Bleibeperspektive für alle geschaffen werden, die sich in einer Ausbildung oder im Studium befinden.

Beschlossen am 6.11.2016 auf der Landesmitgliederversammlung in Korbach.